Schließlich bemängelt die Rechtsmittelführerin einen Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung:

Die Nichtzulassung der beantragten gesundheitsbezogenen Angaben verstoße ebenso offensichtlich gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung. Die Beklagte gehe mit den Zulassungen in vergleichbaren Fällen anders um, obwohl keine sachlichen Gründe für eine Ungleichbehandlung vorliegen.

⁽¹⁾ ABl. L 3, S. 6.

Vorabentscheidungsersuchen des Conseil d'État (Frankreich), eingereicht am 30. Mai 2016 — Solar Electric Martinique/Ministre des Finances et des Comptes publics

(Rechtssache C-303/16)

(2016/C 287/19)

Verfahrenssprache: Französisch

Vorlegendes Gericht

Conseil d'État

Parteien des Ausgangsverfahrens

Rechtsmittelführerin: Solar Electric Martinique

Rechtsmittelgegner: Ministre des Finances et des Comptes publics

Vorlagefrage

Der Gerichtshof der Europäischen Union wird ersucht, sich zu der Frage zu äußern, ob der Vertrieb und die Installation von Fotovoltaikpaneelen und Solarwarmwasserbereitern auf Gebäuden oder um Gebäude mit Strom oder Warmwasser zu versorgen ein einheitlicher Umsatz sind, der eine Bauleistung im Sinne von Art. 5 Abs. 5 und Art. 6 Abs. 1 der Sechsten Richtlinie vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern ⁽¹⁾, nunmehr Art. 14 Abs. 3 und Art. 24 Abs. 1 der Richtlinie vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem ⁽²⁾, darstellt.

⁽¹⁾ Sechste Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern — Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage (ABl. L 145, S. 1).

⁽²⁾ Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. L 347, S. 1).

Klage, eingereicht am 1. Juni 2016 — Europäische Kommission/Tschechische Republik

(Rechtssache C-314/16)

(2016/C 287/20)

Verfahrenssprache: Tschechisch

Parteien

Klägerin: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: Z. Malůšková und J. Hottiaux)

Beklagte: Tschechische Republik